

<b>Städtische Deputation für Kultur</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
<b>Protokoll der Sonder-Sitzung am 07.04.2016</b>			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:39 Uhr	Sitzungsort: Raum 416, Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

### **Tagesordnung:**

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Haushalt 2016/2017	Vorlage 33
TOP 3:	Zukunftskonzept Kunsthalle	Vorlage 34
TOP 4:	Zukunftskonzept Wilhelm Wagenfeld Stiftung	Vorlage 35
TOP 5:	Vergleich Gerhard Marcks Stiftung	Vorlage 36
TOP 6:	Projektmittel a) Wahl des Projektmittelausschusses b) Allgemeines Verfahren Projektmittel	Vorlage 37 Vorlage 38
TOP 7:	Verschiedenes	

Die Sprecherin der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

### **TOP 2: Haushalt 2016/2017**

Frau Strunge übergibt das Wort an Frau Staatsrätin Emigholz.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass auf der heutigen Sitzung die sogenannten festen Haushaltstitel, d.h. die Förderungen für Einrichtungen, die institutionell gefördert werden, beraten werden sollen. Die Vergabe der Projektmittel werde in gesonderter Sitzung erfolgen. Es sei vorgesehen, im Juni die Vergabe der Projektmittel für 2016 abzuschließen. Außerdem solle zum Ende dieses Jahres die Vergabe der Projektmittel für 2017 beraten werden, um Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Antragsteller zu schaffen. In Bezug auf den vorgelegten Haushaltsentwurf weist sie darauf hin, dass einige Aspekte gesondert betrachtet werden müssten: Dies seien zum einen Einrichtungen, bei denen derzeit noch Kontrakte laufen, zum anderen die Situation der Volkshochschule und die Frage der zusätzlichen Mittel für Integration und, wie bereits aufgeführt, die Projektmittelvergabe. Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass es bei dieser Haushaltsaufstellung einen Schwerpunkt für Museen gebe. Dies bedeute auf der einen Seite, dass es Haushalte

gebe, mit denen die Einrichtungen über Jahre zurechtkommen müssen und auf der anderen Seite, dass die intensive Arbeit der Häuser anerkannt wird. Sie betont, dass ein Haushaltsentwurf vorgelegt werde, der bei engen Rahmenbedingungen noch positive Setzungen in Teilbereichen enthält. Dies könne als Erfolg gewertet werden. Dennoch bedeute der vorgelegte Haushaltsentwurf, dass die Einrichtungen eine sehr vernünftige und wirtschaftliche Haushaltsführung leisten müssten. Sie dankt den Deputierten, insbesondere Herrn Bolayela und Frau Dr. Kappert-Gonther sowie Herrn Reinken für die konstruktive Beratung und Unterstützung in den Haushaltsberatungen.

Herr Rohmeyer merkt an, dass die Koalition es als Erfolg betrachte, dass alles so bleibt, wie es ist. Dafür nutze sie die von der CDU seinerzeit kritisierte, aber als rechtmäßig befundene Einnahmequelle City-Tax. Er wirft die Frage auf, wie die Haushaltslage wäre, wenn es diese Einnahmequelle nicht gebe. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass Ryanair die Flüge nach Bremen reduzieren werde, so dass deutlich weniger Touristen nach Bremen kommen werden. Daraus folge, dass die geplanten Einnahmen aus City-Tax für 2017 nicht sicher seien. Er kritisiert, dass auf dieser Grundlage keine mittel- oder langfristige Kulturentwicklung stattfinden kann. Herr Rohmeyer nimmt Bezug auf die Bereitstellung von Mitteln für Museen und erklärt, dass eine wahre Schwerpunktsetzung anders aussehe. Er finde es gut, dass bestimmte Setzungen vorgenommen werden, vermisse allerdings die dahinter stehenden Konzepte. So sei die Frage, ob es nun ein Konzept für Gegenwartskunst gebe oder nicht, in der Deputation kontrovers diskutiert worden. Er weist darauf hin, dass es zur Weserburg ein Papier gebe, von dem aber innerhalb der Weserburg umstritten sei, ob die hinterlegte Summe für den Betrieb der Weserburg ausreicht oder nicht. Herr Rohmeyer betont, dass es zur Steuerung der Kulturentwicklung in Bremen erforderlich wäre, Leitlinien festzulegen. Dies habe das Kulturressort in bestimmten Bereichen sehr eng getan, in anderen Bereichen fehle es aus seiner Sicht völlig. Er würde sich wünschen, dass darüber eine inhaltliche Debatte in der Deputation geführt worden wäre. Es wäre gut, wenn man wieder dahin zurückkommen könnte, was Kulturpolitik ausmacht, nämlich ein Bild davon zu entwickeln, wo man Bremen in zehn Jahren sieht.

Frau Strunge erklärt, dass die Linksfraktion mit dem Haushaltsentwurf sehr unzufrieden sei. Aus Sicht der Linksfraktion würden grundsätzlich zu wenig Mittel bereitgestellt. 80 Mio. € würden nicht reichen, um die Bedarfe im Bereich Kultur ausreichend zu finanzieren. Dafür gebe es zahlreiche Beispiele bei den Kultureinrichtungen. Auffällig sei, dass in den Jahren 2013 und 2014 für verschiedene Institutionen deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die Mittel aber in 2015 enorm gekürzt wurden und dass diese Kürzung jetzt fortgeschrieben wird. Die Förderung bleibe also auf einem ganz niedrigen Niveau bestehen, was jetzt von der Koalition als Erfolg erklärt werde. Dies werde auch in der Vorlage des Kulturressorts mit den Worten „Ziel sei es, die Arbeitsfähigkeit der Kultureinrichtungen erhalten bleibt“ beschrieben. Für die meisten Einrichtungen könne dieses Ziel mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf wohl gewährleistet werden, aber bei einigen Einrichtungen würde sie sehr bezweifeln, ob die Arbeitsfähigkeit mit diesem Haushalt wirklich noch gesichert sei. Insgesamt werde deutlich, dass es nicht über den Erhalt der Arbeitsfähigkeit hinausgeht. Aus Sicht der Linksfraktion sei dies der falsche Weg in der Kulturpolitik. Frau Strunge erklärt, dass sie verwundert gewesen sei über die Medienberichte zur City-Tax. Diese würden den Eindruck vermitteln, dass die Museen gut ausgestattet seien und über die City-Tax noch zusätzliche Mittel erhalten. Tatsächlich sei es aber so, dass über die in Frage stehenden Mittel teilweise bereits in der Deputation beraten wurde. Es handele sich also nicht um zusätzliche Mittel, sondern die Finanzierung einer bereits diskutierten Maßnahme finde durch die City-Tax statt. Beispielsweise sei in der Deputation besprochen worden, dass es 1,24 Mio. € für die Weserburg geben soll. In den Medienberichten heiße es, die Weserburg bekomme 399 T€ mehr. In der Öffentlichkeit werde damit der Eindruck

erzeugt, als ob dies zusätzliche Mittel seien. Es handele sich aber nur um eine Teilsumme, die innerhalb der 1,24 Mio. € aus City-Tax finanziert werde. Dies sei Augenwischerei. Gleiches gelte für den Vergleich mit der Gerhard Marcks Stiftung. Bezugnehmend auf die Projektmittel weist Frau Strunge darauf hin, dass auch hier der Mittelansatz nur fortgeschrieben werde. Sie erklärt, dass die wirklich freie Szene gefordert habe, stärker berücksichtigt zu werden und einen festen Posten innerhalb des Projektmitteltopfes zu erhalten. Wenn aber die für Projektmittelförderung zur Verfügung stehenden Mittel nicht deutlich erhöht werden, dann werde es vermutlich dabei bleiben, dass die wirklich freie Szene sehr stiefmütterlich behandelt werde. Es werde also dabei bleiben, dass die Kulturschaffenden nach Hamburg oder Niedersachsen abwandern. Dies sei sehr bedauerlich, vor allem weil nach ihrem Eindruck den Akteuren in diesem Bereich andere Hoffnungen gemacht wurden.

Frau Dr. Kappert-Gonther betont, dass der dem Haushaltsentwurf zu Grunde liegende Eckwert in einer Zeit ausgehandelt worden sei, die wegen der Haushaltsnotlage Bremens und zahlreicher gesellschaftlicher Herausforderungen ausgesprochen schwierig ist. In dieser Situation hätte man einen „Schwarzbrot-Haushalt“ erwarten können. Der vorgelegte Haushaltsentwurf sei tatsächlich ein „Schwarzbrot-Haushalt“ und zwar in der Hinsicht, dass es gelingt, deutlich zu machen, wovon eine Stadt substantiell lebt und wovon eine Stadt sich nähren kann. Und das sei auch die Kultur in dieser Stadt. In dem vorgelegten Haushaltsentwurf sei es gelungen, nicht nur die Anschläge weiter zu führen, was in der derzeitigen Situation schon viel wäre, sondern in ganz vielen Bereichen ein Plus zu generieren. Sie erklärt, dass dies unter anderem durch die Einnahmen aus der City-Tax gelinge. Sie fragt bezüglich der Ausführungen von Herrn Rohmeyer, inwiefern es schädlich sei, dass mittels der City-Tax eine Million Euro für Kultureinrichtungen dieser Stadt zur Verfügung gestellt werden können. Sie glaube nicht, dass die Frage, wie viele Touristen nach Bremen kommen, nur von Ryanair abhängt, sondern davon, wie sich die Kunst- und Kulturlandschaft und die Urbanität in dieser Stadt weiter entwickeln werde. Außerdem seien die Einnahmen aus City-Tax höher als der Betrag, der für Kultur ausgeschüttet werde, denn für Kultur sei ein Mindestbetrag festgeschrieben. Selbst wenn also die Einnahmen aus City-Tax einbrechen sollten, würde dadurch kein Problem für den Kulturhaushalt entstehen. In Bezug auf die Äußerungen von Frau Strunge betont Frau Dr. Kappert-Gonther, dass man die Erhöhung der Anschläge für die Museen nur deshalb in Aussicht stellen konnte, weil es die Einnahmen aus der City-Tax gebe. Sie weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf erhöhte Anschläge für die Museen sowie eine Erhöhung der Projektmittel in 2017 enthalte. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation sei dies ein Erfolg. Eine Kürzung von Anschlägen habe es nicht gegeben und sei auch nicht zu belegen. Zu der Äußerung, es sei keine Schwerpunktsetzung erfolgt, erklärt Frau Dr. Kappert-Gonther, dass dies falsch sei. Es gebe ausgeprägte Diskussionen auch unter Beteiligung der Grünen zu der Frage, wie man die zeitgenössische Kunst in dieser Stadt stärken könne. Außerdem gebe es einen klaren Schwerpunkt zu Gunsten kultureller Bildung, der auch im Haushaltsentwurf mit einem Betrag berücksichtigt wurde. Des Weiteren gebe es zahlreiche kleinere Anhebungen für verschiedene Einrichtungen der Stadtkultur. Sie verweist darauf, dass es der Koalition gemeinsam mit der Opposition, gelungen sei, deutlich zu machen, dass Kunst und Kultur kein Sahnehäubchen, sondern das Schwarzbrot einer Stadt sind.

Herr Gottschalk erklärt, dass man den vorgelegten Haushaltsentwurf nicht würdigen könne, ohne den großen Rahmen zu berücksichtigen. Dieser große Rahmen werde bestimmt durch zwei große Herausforderungen: Zum einen der Konsolidierungskurs und zum anderen die Zuwanderung, die erhebliche Mehraufwendungen bedeute. Der vorgelegte Haushaltsentwurf sei ein Haushalt der Solidarität, der Zuverlässigkeit und der Kontinuität. Aus

Sicht der SPD sei es deshalb auch ein Haushalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es wäre wünschenswert, dass dies anerkannt werde. Er weist darauf hin, dass in anderen Teilen Deutschlands unter diesen engen finanziellen Bedingungen sehr schnell in den Kulturhaushalt eingegriffen werde. Genau das geschehe hier nicht. Der vorgelegte Haushaltsentwurf bedeute Verlässlichkeit und Sorge dafür, dass die Einrichtungen die Mittel bekommen, was sie benötigen. Zur City-Tax erklärt er, dass es gut sei, dass die Einnahmen aus der City-Tax zur Verfügung stünden. Äußerungen darüber, dass die Mittel zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen könnten, seien nicht angezeigt. In Bezug auf die Äußerungen von Frau Strunge betont Herr Gottschalk, dass die Mittel für Projektförderung in 2017 um 10 % erhöht wurden. Bei der Höhe des Kulturhaushalts insgesamt müsse der hierfür festgelegte Eckwert beachtet werden. Wenn man der Meinung sei, dass mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, müsse man auch sagen, an welcher Stelle dafür Einsparungen vorgenommen würden. Dies erfolge aber von der Opposition nicht. Er erklärt, dass man gern mehr für die Kultur geben würde, dass aber unter den gegebenen Bedingungen sehr viel für die Kultur herausgeholt worden sei. Die Kontinuität sei ein großer Erfolg. Er sei dankbar, dass es dem Kulturressort gelungen sei, dieses Haushaltsergebnis erzielt zu haben.

Herr Drechsel weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion den Haushaltsentwurf grundsätzlich ablehne. Daher könne er auch der Nr. 2 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen. Er erklärt, dass man mit den gegebenen Bedingungen umgehen müsse. Man müsse sich fragen, wie man die Parameter, die wichtig sind, mit dem verfügbaren Budget am besten durchführen kann. Die FDP-Fraktion habe sich daher zunächst angesehen, was eigentlich der grundsätzliche Kulturauftrag der Behörde sei und was mit Kultur in Bremen erreicht werden solle. Dabei habe man festgestellt, dass Hochkultur, aber auch die niederschwellige Kultur angeboten werden solle und über Kultur Attraktivität für die Touristen und für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden solle. Außerdem habe die FDP-Fraktion sich die Koalitionsvereinbarung angesehen. Darin seien auch Festlegungen enthalten, die den jetzigen Haushalt betreffen. Zum Beispiel sei festgehalten, dass das Theater Bremen sowie die Weserburg weiter gefördert werden sollen. Die FDP-Fraktion habe sich weiterhin die Positionierungen der einzelnen Einrichtungen angesehen, um festzustellen, wo es Überlappungen gebe und ob die Einrichtungen gut zueinander positioniert sind, so dass alle einen Beitrag zu dem Produkt Kultur leisten können. Gegen diese Positionierung habe die FDP-Fraktion die Konzepte, die von den Kultureinrichtungen erstellt wurden, gestellt. Dabei hätten sie festgestellt, dass einige Konzepte sich überhaupt nicht geändert haben, andere diskussionswürdig sind. Teilweise würden überhaupt keine Konzepte vorliegen und dennoch seien im Haushaltsentwurf Mittel für diese Einrichtungen eingestellt. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten habe die FDP-Fraktion den Entwurf des Haushalts beurteilt und habe dabei die Fragen gestellt, ob Synergien bzw. Schnittstellen genutzt wurden und ob eine gewisse Chancengleichheit besteht. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei es bedauerlich, dass die zusätzliche Zeit, die durch das lange Haushaltsaufstellungsverfahren zur Verfügung stand, nicht genutzt wurde, um diese Potenziale an Schnittstellen und Synergien in irgendeiner Weise konzeptionell aufzugreifen. Neben der prinzipiellen Ablehnung des Haushaltsentwurfes durch die FDP-Fraktion sehe er in vielen Punkten noch Optimierungsbedarf.

Herr Bolayela erklärt, dass es mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf gelungen sei, trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen Sicherheit für die Kulturakteure zu schaffen. In Bezug auf die Äußerungen von Herrn Rohmeyer zur City-Tax betont er, dass die City-Tax ein Erfolgsmodell sei. Er bekräftigt, dass davon auszugehen ist, dass die Einnahmen in 2017 so fließen wie in der Planung vorgesehen. Herr Bolayela dankt der

Staatsrätin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kulturressort für die Vorbereitung und Erarbeitung des Haushaltsentwurfs.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert zur City-Tax, dass der Haushaltsentwurf das Risiko insoweit berücksichtige, als dass bei der Vergabe der City-Tax in Absprache mit der Senatorin für Finanzen nicht von dem vollen Anteil der voraussichtlichen Einnahmen ausgegangen werde, sondern von einem gedeckelten Planwert auf Grundlage der Zahlen von 2014. Die darüber hinaus gehenden Einnahmen würden dem allgemeinen Haushalt zufließen. Daher würden die Einnahmen aus City-Tax eine verlässliche Grundlage für den Kulturhaushalt darstellen. Bezüglich der Frage zu Kooperationen im Bereich der bildenden Kunst erinnert Frau Staatsrätin Emigholz daran, dass Frau Pfister in einem sehr umfangreichen Vortrag dargestellt habe, in welcher Weise Projektförderungen und andere Förderformate mit Schwerpunkten unterlegt wurden. An diese Leitlinien sei das Ressort gebunden. Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Kulturressort regelmäßig zu den Haushaltsaufstellungen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungen abschließe. Darin werde auch auf aktuelle Anforderungen eingegangen, beispielsweise sei jetzt in den Vereinbarungen das Vorhalten von Angeboten kultureller Bildung festgeschrieben. Es müsse aber beachtet werden, dass das Kulturressort Leitlinien oder Schwerpunkte vorgeben könne, sich aber nicht in das operative Geschäft der Einrichtungen einmischen sollte. Das Leitbild des Kulturressorts sei, eine vielfältige Kulturszene zu gewährleisten, Angebote kultureller Bildung vorzuhalten und die Auseinandersetzung mit der sich wandelnden Gesellschaft zu fördern. Frau Staatsrätin Emigholz bietet an, dass diese Themen nach der Haushaltsaufstellung noch einmal aufgegriffen werden können.

Herr Rohmeyer fragt, wie im Rahmen der Haushaltsaufstellung generell mit Anträgen, die das Thema Digitalisierung betreffen, und wie konkret mit dem Antrag von Belladonna umgegangen wurde. Er fragt weiterhin, warum der Anschlag für die Rudolf Alexander Schröder Stiftung im Haushaltsentwurf auf 0 Euro gesetzt wurde. Herr Rohmeyer bittet um Auskunft, wie das Kulturressort mit der ungeklärten Situation bei der Weserburg weiter verfahren wolle.

Frau Strunge nimmt Bezug auf die Vorlage, in der ausgeführt werde, dass der Kulturhaushalt aus dem Integrationsbudget 2016/2017 4 Mio. € erhalte und bittet um Erläuterung, inwiefern diese Mittel dem Kulturhaushalt zusätzlich zufließen. Sie betont, dass auch aus Sicht der Linksfraktion der Bereich kulturelle Bildung sehr wichtig sei. Für sie sei allerdings nicht erkennbar, wie sich die von Frau Staatsrätin Emigholz dargestellte Schwerpunktsetzung im Bereich der kulturellen Bildung im Haushaltsentwurf niederschlage, denn im Produktgruppenhaushalt sei im Produktbereich kulturelle Bildung bei den konsumtiven Mitteln nur ein kleiner Anstieg von 2015 zu 2016 erkennbar, während der Wert 2014 deutlich höher lag. Sie merkt an, dass in den Einzelplänen bei einzelnen Haushaltsstellen, z. B. bei der Tanzförderung oder bei „Zuschüsse im Rahmen der kulturellen Stadtteilarbeit“ Null-Werte für 2016 bzw. 2017 angegeben sind, während es hier in den Vorjahren höhere Werte gab und fragt, wie diese Angaben für 2016 bzw. 2017 zustande kommen.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass für den Bereich freie Szene die Projektmittel in einem gesonderten Verfahren ausgeschüttet werden. Im Haushaltsentwurf seien daher die Haushaltsstellen für diese Bereiche mit einem Anschlag von 0 Euro angegeben. Nach dem Beschluss der Gremien über die Verteilung der Projektmittel würden dann die Mittel auf die entsprechenden Haushaltsstellen umgesetzt. Dann werde auch deutlich zu erkennen sein, dass es keine partiellen Absenkungen gebe. In Bezug auf den Antrag von Belladonna zur Digitalisierung stellt sie klar, dass die Behörde keine Aussagen über eine Erhöhung der Mittel getätigt habe. Es sei darüber gesprochen worden, ob der Deputation eine Konzeptförderung für belladonna vorgeschlagen werden könnte, um die Digitalisierung zu ermöglichen. Sie betont, dass es sich um einen temporären Mittelbedarf handele, so dass

es nicht erforderlich sei, die institutionelle Förderung von belladonna dauerhaft zu erhöhen.

Herr Rohmeyer fragt, ob der Antrag von belladonna in der Deputation behandelt werde.

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass das Kulturressort der Deputation zur Beratung über die Projektmittelvergabe hierzu einen Vorschlag unterbreiten werde.

Frau Dr. Kappert-Gonther erläutert in Bezug auf den Antrag von belladonna, dass es um die Frage gehe, ob die Inhalte dieses einzigartigen Frauenarchivs jetzt digitalisiert und verschlagwortet werden, damit sie auch bundesweit der Forschung zur Verfügung gestellt werden können. Aus Sicht der Grünen sei dies sehr sinnvoll. Außerdem könne dadurch der ganze Bereich der Frauen- und Genderforschung unterstützt werden. Zum Thema Weserburg fragt sie, wie das Kulturressort das Ausscheiden der kaufmännischen Geschäftsführerin einschätzt. Sie erklärt, dass es aus Sicht der Grünen sinnvoll wäre, wenn das Zentrum für Künstlerpublikationen eine eigene Haushaltsposition erhält, damit deutlich wird, dass der Betrag von 200.000 Euro für das Zentrum für Künstlerpublikationen zur Verfügung steht. Sie nimmt Bezug auf die von den Grünen in der Bürgerschaft gestellte Anfrage zum Thema „Kindern und Jugendlichen den Weg ins Museum und zur kulturellen Teilhabe erleichtern“ und erklärt, dass sie die Beantwortung der Anfrage so verstehen würde, dass es, wenn man eine Eintrittsfreiheit für Kinder und Jugendliche gewährleisten würde, einen erheblichen Zuwachs an Besucherinnen und Besuchern geben würde. Vor dem Hintergrund, dass ein frühzeitiger Zugang zu Museen sehr positive Wirkungen für die Persönlichkeitsentwicklung hat, würden die Grünen es begrüßen, wenn noch mehr Museen Modelle für eine partielle oder vollständige Eintrittsfreiheit entwickeln würden. Frau Dr. Kappert-Gonther fragt, was es bedeute, dass der Anschlag der Haushaltsstelle „Forschungsprogramm NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut“ mit 0 Euro angegeben ist. Sie merkt an, dass der Anschlag bei der Haushaltsstelle „Zuschüsse zur Förderung der Migrantenkulturarbeit“ mit 0 Euro angegeben ist und fragt, wie dies zustande kommt, weil dieser Bereich eigentlich einen Schwerpunkt darstellen sollte.

Herr Bolayela erklärt, dass er das Anliegen, Kindern und Jugendlichen freien Eintritt in den Museen zu gewähren, für eine gute Idee halte. Man sollte dies Ziel weiterverfolgen, auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen zurzeit schwierig seien. Zum Thema Migrantenarbeit in Kultureinrichtungen merkt er an, dass es einige Einrichtungen gebe, die auf dem Gebiet sehr viel leisten, aber auch Einrichtungen, die nur wenige Aktivitäten zeigen. Es müsse daher einen Diskurs zu diesem Thema geben. Dabei sollte man auch mit den Migrantenorganisationen ins Gespräch kommen.

Herr Drechsel nimmt Bezug auf die Haushaltsstelle „Von der Stiftung Wohnliche Stadt aus dem Spielbankabgabeanteil“, deren Anschlag 0 Euro beträgt, und fragt, ob hier in irgendeiner Weise eine Kompensation erfolgt. Weiterhin fragt Herr Drechsel zur Landeszentrale für politische Bildung, ob es angesichts der steigenden Kosten nicht sinnvoll wäre, die Landeszentralen in Bremen und Niedersachsen zusammenzulegen. Er fragt, wie die Zuwächse beim Zuschuss an das Kulturzentrum Lagerhaus und an den Heimat- und Museumsverein für Vegesack und Umgebung begründet sind.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert zur Rudolf Alexander Schröder Stiftung, dass hier eine Verlagerung vom kommunalen in den staatlichen Haushalt erfolgt sei. Zum Forschungsprogramm für NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut erläutert sie, dass die Einrichtungen für diese Thematik Anträge bei der Arbeitsstelle für Provenienzforschung stellen können. Die bisher vom Kulturressort bereitgestellten Mittel seien nicht vollständig von den Einrichtungen in Anspruch genommen worden. Wenn Einrichtungen Unterstützung in diesem Bereich bräuchten, was zurzeit nicht der Fall sei, würde das Kulturressort diesen Bedarf über das Haushaltsmanagement steuern. In Bezug auf die Mittel von der Stiftung

Wohnliche Stadterläutert Frau Staatsrätin Emigholz, dass der Senat sich zunächst mit den dringenden übergeordneten Problemen wie den Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen befasst habe, aber im Herbst 2016 erörtern wolle, wie eine Kompensation der Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt erfolgen könne. Im Hinblick auf die Landeszentrale für politische Bildung stellt sie klar, dass dieser Bereich zwar in der Haushaltssystematik neben den zum Kulturressort gehörenden Dienststellen dargestellt sei, aber nicht zum Verantwortungsbereich des Kulturressorts gehöre. Grundsätzlich habe das Kulturressort aber für seine zugeordneten Dienststellen die Nutzung von Synergien geprüft. Allerdings sei die Personalausstattung der Dienststellen bereits sehr knapp bemessen. Dies zeige auch der Vergleich mit anderen Bundesländern. Zum Thema „freier Eintritt in Museen“ erklärt Frau Staatsrätin Emigholz, dass dieses Thema wichtig sei, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund sei die Initiative des Focke-Museums hervorzuheben, bei für ein Jahr mit Unterstützung des Freundeskreises Kindern und Jugendlichen freier Eintritt gewährt werde. Die Schwierigkeit würde allerdings darin bestehen, dass die Einrichtungen darauf angewiesen seien, eigene Einnahmen zu erzielen. Frau Staatsrätin Emigholz erklärt im Hinblick auf das Thema Weserburg, dass es für Frau Markus persönlich erfreulich sei, dass sie sich beruflich anderweitig entwickeln kann. Für das Kulturressort sei es bedauerlich, weil Frau Markus eine sehr kluge Kollegin sei, die sehr vernünftig mit Ressourcen umgehe. Es sei wichtig, dass die Stelle wiederbesetzt werde, damit das weitere Verfahren in der Weserburg von einer Person mit kaufmännischem Sachverstand begleitet werden könne. In Bezug auf die Kulturarbeit mit Migrantinnen und Migranten erläutert Frau Staatsrätin Emigholz, dass es sich hier um eine Verlagerung der Mittel handle. Sie schlägt vor, nach der Haushaltsaufstellung dieses Thema als eigenständiges Thema in der Deputation zu beraten.

Frau Strunge erklärt, dass aus Sicht der Linken der entscheidende Punkt sei, dass die Kulturförderung insgesamt seit Jahren auf einem niedrigen Niveau sei. Die Kulturschaffenden in Bremen würden sich durch ein ganz enormes Engagement auszeichnen und die Überlebensfähigkeit der Kulturszene in Bremen könne nur deswegen aufrechterhalten werden. Vor diesem Hintergrund seien die Linken eben nicht zufrieden damit, dass die Kulturförderung auf diesem niedrigen Niveau bleibt. Sie merkt an, dass es schwierig sei, sich nur auf die Zahlen beziehen, weil auch Zuschusserhöhungen teilweise nicht die Existenz einer Einrichtung sichern, wenn andere externe Gelder wegfallen. Wenn man eine inhaltliche Bewertung vornehme und die tatsächlichen Bedarfe der Einrichtungen berücksichtige, müsste der Haushalt ganz anders aussehen. Durch den vorgelegten Haushaltsentwurf würden eine Reihe von Einrichtungen vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt werden. Der Haushaltsentwurf stelle aus ihrer Sicht eine defensive Kulturpolitik dar und sei weit entfernt von einer selbstbewussten Kulturpolitik. Deswegen könne sie dem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen.

Herr Rohmeyer betont, dass die Einrichtungen mit einem Zuschussbetrag, der seit 2007 nicht gestiegen ist, bei Tarifsteigerungen und Energiekostensteigerungen nicht mehr das gleiche Programm leisten können. In Wahrheit habe es daher von Haushaltsrunde zu Haushaltsrunde keine Entwicklung gegeben, sondern die Einrichtungen hätten sich irgendwie über Wasser halten können. Zum Thema Weserburg fragt Herr Rohmeyer auf welcher Grundlage der Zuschuss von rund 1,2 Mio. Euro veranschlagt wurde. Die Deputation habe in den letzten Jahren über verschiedene Standorte und dann über verschiedene Raumbedarfe diskutiert. Es sei unklar, welche Raumgröße zu Grunde liege. Unklar sei auch, wie es sich mit den investiven Kosten verhalte. Die Frage sei, welche Kosten in diesem Zusammenhang im öffentlichen Haushalt anfallen bzw. ob überhaupt in den nächsten zwei Jahren investive Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Herr Rohmeyer erklärt, dass mit dem vorgelegten Haushalt keine Schwerpunkte gesetzt werden. Mit Hilfe der City-Tax

würden bestimmte Löcher gefüllt, die in den letzten zwei Jahren deutlich sichtbar waren. Er betont, dass man die Finanzierung von Kultureinrichtungen, die eine Perspektive für ihre Arbeit bräuchten, nicht mit Mitteln hinterlegen sollte, deren Fortbestand nicht sicher sei. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass der haushaltspolitische Sprecher der CDU bereits mitgeteilt habe, dass der Haushalt aus seiner Sicht verfassungswidrig ist. Der Gesamthaushalt finde daher nicht die Zustimmung der CDU.

Frau Dr. Kappert-Gonther weist darauf hin, wie reich die kulturelle Landschaft in Bremen sei. Es gebe über 600 Bildende Künstlerinnen und Künstler in Bremen mit zum Teil überregionalem Renommee. Außerdem gebe es Museen, die innovative Konzepte verfolgen und überregionale Anerkennung finden. Es gebe das Theater Bremen, das inzwischen eine Strahlkraft weit über Bremen hinaus erlangt habe. Es bestehe ein lebhafter Diskurs, bei dem viele Themen besprochen werden, insbesondere auch die Frage, wie man zeitgenössische Kunst in Bremen stärken könne. Sie betont, dass ein gesellschaftliches Klima wünschenswert wäre, das anerkennt, welchen Stellenwert Kunst und Kultur für ein gesellschaftliches Miteinander und für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung haben. Daher wäre es natürlich wünschenswert, dass für den Kulturhaushalt mehr Mittel zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund, dass man aufgrund der finanziellen Situation befürchten musste, dass alle Anschläge gekürzt werden müssen, sei der vorgelegte Haushalt dennoch positiv zu würdigen. Es stehe außer Frage, dass die Deputation – und zwar Koalition und Opposition gemeinsam - noch sehr viel mehr dafür tun könne, damit anerkannt werde, dass Kunst und Kultur eine Notwendigkeit sind.

Frau Staatsrätin Emigholz nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Strunge, dass im Kulturhaushalt grundsätzlich mehr Geld ausgegeben werden sollte, und erklärt, dass die Linken dann sicherlich entsprechende Änderungsanträge in der Bürgerschaft einreichen werden, die vermutlich einen zusätzlichen Betrag von ca. 10 Mio. Euro bedeuten würden. Sie fragt Herrn Rohmeyer, wieviel Mittel der Kulturhaushalt aus Sicht der CDU mehr bekommen sollte, wenn der Haushaltsentwurf schon jetzt als verfassungswidrig eingeschätzt werde.

Frau Steineke (Stadtkultur Bremen e.V.) fragt, ob im Haushaltsentwurf für die Einrichtungen der Stadtkultur Stärkungsmittel für 2016 enthalten sind.

Herr Frey erläutert, dass diese Mittel dem Bereich der Projektmittel zuzuordnen seien. Über die Verteilung der Projektmittel entscheide die Deputation auf Grundlage der Empfehlung des Projektmittelausschusses.

Herr Gottschalk erklärt, dass es aufgrund der finanziellen Situation Bremens in vielen Bereichen finanziell eng sei, z. B. in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Polizei oder Hochschulen. Der Kulturhaushalt müsse vor dem Hintergrund dieser Gesamtsituation betrachtet werden. Auch ihm sei bekannt, welche Schwierigkeiten teilweise in den Einrichtungen bestehen. Aber der Kulturhaushalt müsse den vereinbarten Eckwert einhalten. Herr Gottschalk nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Rohmeyer, es seien die falschen Schwerpunkte gesetzt worden. Er macht darauf aufmerksam, dass bei einem begrenzten Etat Schwerpunktsetzungen in einem Bereich Kürzungen in anderen Bereichen bedeuten. Er würde erwarten, dass die CDU mitteilt, welche Schwerpunkte sie setzen würde und in welchen Bereichen dafür Geld wegfallen soll. Es passe nicht zusammen, wenn die CDU in den Fachausschüssen erkläre, dass zu wenig Geld in den einzelnen Bereichen ausgegeben werde und im Haushalts- und Finanzausschuss erkläre, dass dem Haushalt nicht zugestimmt werden könne, weil zu viel Geld ausgegeben werde. Herr Gottschalk erklärt, dass man im Vergleich mit anderen Städten froh sein könne, dass in Bremen Kunst und Kultur so hoch geschätzt werden und sich dies auch im Haushalt niederschlage.



Herr Saffe erklärt, dass es bemerkenswert sei, dass Bremen die Kammerphilharmonie halten könne. Die Arbeit der Kammerphilharmonie an der Gesamtschule Ost sei herausragend. Es müsse anerkannt werden, welche gute Arbeit die Kultureinrichtungen angesichts der knappen Mittel leisten.

Herr Rohmeyer fragt, warum der Senator für Kultur, Herr Dr. Sieling, bis jetzt noch nie an den Sitzungen der Deputation für Kultur teilgenommen habe und insbesondere bei der Beratung über den Kulturhaushalt nicht anwesend sei. Zu den Fragen zur Vorgehensweise der CDU in Bezug auf den Haushalt erklärt er, dass sich die CDU-Fraktion noch beraten werde, wie sie mit dem Haushaltsentwurf umgehe. Er glaube nicht, dass, wenn die CDU für alle aus ihrer Sicht erforderlichen Positionen Änderungsanträge einbringen würde, dies bedeuten würde, dass insgesamt mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse. Die CDU wisse, was verantwortungsvolle Kulturpolitik sei. Er weist darauf hin, dass für bestimmte Positionen des Kulturhaushalts kein Spielraum bestehe, z. B. bei dem Zuschuss an das Theater Bremen. Allerdings könne durchaus über die inhaltliche Ausrichtung des Theaters diskutiert werden, denn das Theater habe zwar bestimmte Zielgruppen hinzugewonnen, aber andere an die Theater in Hamburg, Hannover, Oldenburg und Bremerhaven oder an die großen Kinos verloren. Es gebe keine Ausgewogenheit bei der Programmgestaltung. Über die in der Deputation vorgestellten Ansätze zu einem Verbund im Nordwesten sei nicht wieder berichtet worden. Herr Rohmeyer erklärt, dass die CDU im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden werde, wie sie mit einzelnen Bereichen umgehe. Man werde das Verfahren konstruktiv begleiten, aber nicht die Arbeit der Regierung machen.

Frau Strunge nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Staatsrätin Emigholz und erklärt, dass sie nicht sagen könne, ob es wirklich 10 Mio. Euro mehr sein müssen. Aus Sicht der Linken sei es erforderlich, sich anzusehen, wo welche Bedarfe sind. Auf dieser Grundlage könnten dann konstruktive Änderungsanträge gestellt werden.

Herr Drechsel betont, dass es wichtig sei, das verfügbare Budget möglichst sinnvoll einzusetzen. Es müsse einen Weg geben, die drei Direktiven Vielfalt, Ausgewogenheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten. Aus Sicht der FDP-Fraktion müsse hierfür ein langfristiges Konzept erarbeitet werden. Außerdem sei es wichtig, für bestimmte Leuchttürme eine nachhaltige Verlässlichkeit zu sichern. Ein konkreter Vorschlag der FDP-Fraktion sei, darüber nachzudenken, den Anteil der Projektmittel signifikant zu erhöhen, weil in dem Projektmittel-Anteil quantitativ und qualitativ ein Korrektiv bestehe, mit dem Vielfalt, Ausgewogenheit und Verlässlichkeit gewährleistet werden könne. Vor diesem Hintergrund sei die späte Vergabe der Projektmittel in diesem Jahr ein Desaster für die Kulturszene. Wichtig sei auch, die Qualität der Jury zu gewährleisten und Transparenz über sämtliche Anträge zu schaffen.

Frau Staatsrätin Emigholz erinnert daran, dass früher für sämtliche freien Antragsteller jährlich neu über eine Förderung entschieden werden musste. Es seien in den letzten zehn Jahren sehr viele Einrichtungen der freien Szene in den Haushalt überführt worden. Diese Bereiche seien vorher nominell als Projekte geführt worden. Deshalb sei der Projektmitteltopf zu diesem Zeitpunkt signifikant höher gewesen. Es sei ein politischer Entschluss gewesen, um solchen Situationen wie die der haushaltslosen Zeit vorzubeugen, Verlässlichkeit durch die Überführung in eine institutionelle Förderung zu schaffen. Diese Linie habe dazu geführt, dass die Gestaltungsspielräume in bestimmten Bereichen kleiner geworden seien. Sie sei gern bereit, darüber zu diskutieren, welche Kürzungsvorschläge bestehen, um mehr Projektmittel bereitstellen zu können. Man könne darüber nachdenken, eine quotale Kürzung quer über alle Bereiche vorzunehmen. Denkbar sei auch, dass die Projektmittel nur für die freien, nicht institutsgebundenen Akteure zur Verfügung gestellt werden. Aber solche Entscheidungen müssten gut abgewogen werden. Ein Ansatz-

punkt, den das Kulturressort unterstütze, sei, Plattformen zu organisieren, die gemeinschaftlich genutzt werden können, insbesondere von jungen Künstlerinnen und Künstlern. Damit werde das wirtschaftliche Risiko Einzelner reduziert. Eine weitere Idee sei es, etablierte Einrichtungen zu motivieren, junge Gruppen mit einzubeziehen, um Neuerungen möglich zu machen. Das Kulturressort setze in diesem Zusammenhang auf einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen. Es sei wichtig, sich über die Projektmittel auszutauschen. Deswegen sehe der Zeitplan im Mai ausreichend Raum für eine Vorbereitung der Projektmittel in den unterschiedlichen Gremien vor.

Die Deputation für Kultur nimmt die Entwürfe der kameralen Haushalte und des Produktgruppenhaushalts zur Kenntnis.

Die Deputation für Kultur bestätigt – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - die Darlegungen der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen für die Produktgruppen des Produktplanes Kultur, entsprechend der Anlage. Eine Ablehnung erfolgt durch CDU, Linke und FDP. Herr Rohmeyer erklärt, dass die im Beschlussvorschlag genannten Punkte nicht bestätigt werden können und die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag daher nur ablehnen könne.

Die Deputation bittet den Senator für Kultur, über den weiteren Fortgang der Haushaltsaufstellung der Haushaltsaufstellung zu berichten.

### **TOP 3: Zukunftskonzept Kunsthalle**

Frau Strunge begrüßt Frau Dr. Greve und Frau Dr. Hansen, stellvertretende Direktorin der Kunsthalle, und übergibt das Wort an Frau Dr. Greve.

Frau Dr. Greve erläutert, dass sich die Kunsthalle in einem sehr umfangreichen Neuaufstellungsprozess befindet und begrüßt die Bereitschaft der Kunsthalle, sich diesen neuen Herausforderungen zu stellen. Die Kunsthalle befasst sich zudem auch mit den aktuellen Anforderungen durch die veränderten Sehgewohnheiten des Publikums und ist mit dieser Maßnahme im bundesweiten Vergleich führend. Um die Veränderungen zu evaluieren, entwickelt die Kunsthalle Mechanismen.

Frau Dr. Greve unterstreicht die Notwendigkeit, das neue Programm in den kommenden Jahren fortzuführen, zu evaluieren und bei Bedarf anzupassen.

Frau Dr. Greve merkt an, dass vor dem Hintergrund des Neuaufstellungsprozesses die geplante Erhöhung von 100.000 TEUR die anteilige Deckung der künftigen Kostensteigerung ermöglicht und fügt hinzu, dass die Kunsthalle in ihrem Konzept genau darlegt, wie die künftige finanzielle Konsolidierung erfolgen soll.

Abschließend betont Frau Dr. Greve den im bundesweiten Vergleich hohen Eigenanteil der Kunsthalle an den zu tragenden Kosten. Derzeit beträgt der Eigenanteil 55 Prozent. Für die Zukunft werden 65 Prozent angestrebt.

Frau Dr. Hansen entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Prof. Dr. Grunenberg, der zur Ausstellungseröffnung von Paul-Modersohn-Becker in Paris ist.

Frau Dr. Hansen erläutert, dass sich die Kunsthalle durch die private Trägerschaft des 1823 in Bremen gegründeten Kunstvereins in der deutschen Museumslandschaft von anderen Museen unterscheidet und ergänzt, dass die Kunsthalle zu den bedeutendsten Kunstmuseen mit einer ebenso bedeutsamen Sammlung und einem gut frequentierten Ausstellungsbetrieb gehört. Frau Dr. Hansen betont in diesem Zusammenhang wie wichtig es ist, dass sich die Stadt Bremen seit Jahren an der Finanzierung der Kunsthalle beteiligt. Das Leitthema der Kunsthalle Bremen sei die Kombination von Tradition und Innovation. Die Vereinigung beider Aspekte wird durch die aktuellen kontrastreichen Kunstwerke in

der Kunsthalle bereits jetzt teilweise sichtbar. Die Themen „regional“ und „international“ sind zwei weitere Aspekte, die im Rahmen des Programms eng verknüpft werden sollen. Frau Dr. Hansen berichtet, dass die Kunsthalle Bremen in den vergangenen Jahren mit Unterstützung von zwei internationalen Agenturen aus Berlin und Amsterdam ein neues Corporate Identity entwickelt hat. Es wurde ein neues Logo entwickelt, und derzeit wird die Präsentationsform der gesamten Kommunikation und Website überarbeitet. Insbesondere die aktuelle Präsentation der Website und die damit verbundene Anpassung an die modernen Nutzerbedingungen sind aus Sicht der Kunsthalle Bremen sehr wichtig. Die lange Tradition der Kunsthalle soll durch die Öffnung des Hauses forciert werden. Zur Optimierung und Entwicklung neuer Ideen werden in internen Runden die Erwartungen und Wünsche der Museumsbesucherinnen und –besucher analysiert.

Frau Dr. Hansen stellt einzelne Arbeitsbereiche der Kunsthalle vor. Ein Bereich ist das Ausstellungsprogramm, das sowohl große Ausstellungen, die sich an ein breites Publikum wenden und moderne Fragestellungen an historische Kunst stellen, als auch Ausstellungen mit bedeutender Außenwirksamkeit beinhaltet. Das Bestreben der Kunsthalle ist es, die eigene Sammlung weiterhin zu berücksichtigen und einzubinden, aber auch international zu agieren.

Die Forschung findet überwiegend hinter den Kulissen statt, ist aber für das Renommee der Institution sehr bedeutend. Bei der Forschung handelt es sich zum einen um Provenienzforschung, die seit sechs Jahren betrieben und vom Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste gefördert wird und zum anderen um Restaurierungsprojekte niederländischer Zeichnungen, die von der Reemtsma Stiftung seit über einem Jahr gesponsert werden. Die Digitalisierung des Kupferstichkabinetts mit über 200.000 Blättern ist ein weiteres Projekt, welches von der Waldemar Koch Stiftung seit über zehn Jahren gefördert wird. Ein neues Forschungsprojekt, das im Rahmen der Initiative „Fellowship Internationales Museum“ der Kulturstiftung des Bundes ins Leben gerufen worden ist, befasst sich mit der Erforschung der Geschichte der Kunsthalle Bremen vor dem Hintergrund des Kolonialismus im 19. Jahrhundert. Das Forschungsergebnis wird in einer Ausstellung münden.

Sie fügt hinzu, dass die Kunsthalle eines der wenigen deutschen Museen ist, das über einen Online Katalog verfügt, in dem die Sammlungen von Gemälden und Skulpturen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Durch die Digitalisierung des Kupferstichkabinetts wird dieser Bereich kontinuierlich vorangetrieben.

Zudem ist die Kunsthalle bestrebt, durch Veranstaltungen wie „Kunst UNLIMITED“ neue Publikumsschichten zu erschließen und im Rahmen der gegenwärtigen Willkommenskultur Zeichen zu setzen.

Ein weiteres Ziel der Kunsthalle ist es, zu einem Ort zu werden, an dem über die Kunst hinausgehende kulturpolitische Themen aufgegriffen und debattiert werden.

Die Bereiche Bildung und Vermittlung bilden einen weiteren bedeutenden Schwerpunkt und stehen im Zusammenhang mit dem Publikumsthema auf der Agenda der Kunsthalle. Im Jahr finden in den Bereichen Bildung und Vermittlung mehrere tausend Veranstaltungen statt, die über 40.000 Menschen ansprechen. Es handelt sich bei den Veranstaltungen um maßgeschneiderte Programme für unterschiedliche Besuchergruppen. Die Förderung dieser Programme erfolgt seit Jahren durch die Robert Bosch Stiftung aus Stuttgart. Frau Dr. Hansen hebt hervor, dass die Kunsthalle in der Entwicklung neuer Vermittlungs-ideen im bundesweiten Vergleich führend ist.

Abschließend bedankt sich Frau Dr. Hansen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kunsthalle Bremen für ihr hohes Engagement im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung von Ideen.

Herr Schnier, Geschäftsführer der Kunsthalle Bremen, geht zunächst zurück auf das Jahr 2012, welches das erste Jahr nach der Wiedereröffnung der Kunsthalle war. Herr Schnier

erläutert, dass nach dem Jahresabschluss in 2012 festgestellt werden musste, dass ein strukturelles Defizit vorhanden war, was unter anderem daran lag, dass ein großer regionaler Energieversorger als Sponsor nicht mehr zur Verfügung stand und in 2012 die ABM-Maßnahmen ausgelaufen sind, über die viele Aufsichtskräfte und andere Arbeitskräfte finanziert wurden. Der Wegfall der finanziellen Stütze musste kompensiert werden. Zusätzlich gibt es weniger Mäzene, trotz des in Bremen gut ausgeprägten Mäzenatentums, die die Kunsthalle unterstützen können. Erschwerend kommt die Abwanderung von Konzernzentralen hinzu, die in der Vergangenheit die Szene vor Ort unterstützt haben. Zusätzlich sind Energie-, Transport- und Versicherungskosten gestiegen. Die entstandenen Gesamtausgaben konnten allein durch neue Einnahmen nicht kompensiert werden.

Als Maßnahme hat die Kunsthalle ein Kennzahlensystem aufgebaut, um wichtige Positionen im Blick zu haben und bei Bedarf gegensteuern zu können. Darüber hinaus wurde eine permanente und verstärkte Kostenkontrolle eingeführt und Haushaltsausgaben beschränkt. Bei jeder freiwerdenden Stelle wird die Notwendigkeit der Wiederbesetzung geprüft. Aktuell werden zudem langfristige Verträge mit Lieferanten neu vereinbart. Große Projekte werden deutlich risikoorientierter kalkuliert, und viele Forschungsvorhaben, die von der Kunsthalle wahrgenommen werden, sind mittlerweile drittmittelfinanziert. Herr Schnier ergänzt, dass alle diese Punkte noch weiter ausgebaut werden, weil dadurch eine verlässliche Finanzierung über einen längeren Zeitraum gegeben ist.

Im Jahr 2012 wurden erstmalig die Mitgliederbeiträge erhöht. Die Mitgliederzahl konnte durch Werbung seit 2012 bis heute um rund 1400 auf über 9000 Mitglieder erhöht werden. Im Jahr 2016 wird eine neue Firmenmitgliedschaft eingeführt, mit einem Jahresbeitrag von 6000 EUR.

Leider mussten zwei Mal die Eintrittspreise erhöht werden. Bei der zweiten Erhöhung wurden Kinder und Personen mit ermäßigtem Eintritt jedoch ausgenommen.

Herr Schnier hofft, dass die Kunsthalle hinsichtlich der Kostenstellungen durch den Aufbau der Eigenfinanzierungsquote für die kommenden Jahre gut aufgestellt ist, um optimistisch in die Zukunft blicken und neue Besucherinnen und Besucher an das Museum binden zu können.

Frau Strunge bedankt sich für die umfassende Einführung und schlägt vor, die Fragen der Deputierten zunächst zusammenzutragen.

Herr Bolayela bedankt sich für den Bericht und bittet um Erläuterung, wie im Rahmen der Initiative „Fellowship Internationales Museum“ der Bezug des Museums zum Thema Kolonialismus hergestellt wird und wann erste Ergebnisse des Forschungsprojektes erwartet werden können. Zudem bittet Herr Bolayela zu erläutern, wie die Besucherinnen und Besucher für Ausstellungen wie „Kunst UNLIMITED“ beworben werden, und ob es Maßnahmen gibt festzustellen, von welchen Besuchergruppen solche Angebote verstärkt angenommen werden. Des Weiteren möchte er wissen, ob es Kooperationen mit Migrantenorganisationen gibt.

Auf die Frage zum Thema Kolonialismus antwortet Frau Dr. Hansen, dass die Geschichte der Kunsthalle vor dem Hintergrund des Kolonialismus seit dem 1. April 2016 von einer neuen Mitarbeiterin erarbeitet wird, die sich zum aktuellen Zeitpunkt noch in der Entwicklung ihres Themas befindet. Am Ende des Projektes wird es eine Ausstellung geben, die das Forschungsergebnis der Öffentlichkeit vorstellt. Im Rahmen des Projektes wird es viele Kooperationen mit verschiedenen Institutionen geben wie dem Übersee Museum, dem Focke Museum, Archiven und Bibliotheken.

Zur Besucherbefragung erläutert Frau Dr. Hansen, dass eine solche mit den vorhandene Kapazitäten nicht zu leisten sei und stattdessen nach großen Veranstaltungen wie „Kunst

UNLIMITED“ die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Tätigkeitsfeldern ausgetauscht werden, um so einen Überblick über die Besuchergruppen zu bekommen. In der Ausstellung Kunst UNLIMITED waren letztlich mehr Bremerinnen und Bremer anwesend als Flüchtlinge.

Herr Rohmeyer spricht der Kunsthalle die volle Unterstützung in dem Neuaufstellungsprozess zu. Er hebt die ehrenamtliche Arbeit sowie den hohen Eigenanteil der Kunsthalle an den zu tragenden Kosten hervor. Die Mitgliederbetreuung, die frühkindlichen Bildung aber auch das komplett offene Angebot für Besucherinnen und Besucher tragen dazu bei, dass es sich bei der Kunsthalle um eine Einrichtung besondere Art handelt. Mit Blick auf das Konzept wird deutlich, dass es sich um hohe selbstgesteckte Ziele handelt, die aber durchaus realisierbar sein können, und die Kunsthalle hierbei entsprechend unterstützt werden sollte.

Frau Dr. Kroh begrüßt die Aktivitäten für Menschen mit Migrationshintergrund und möchte in diesem Zusammenhang die Besucherzahlen erfahren. Zusätzlich bittet sie um Erläuterung, ob die Flüchtlingskinder und Jugendlichen eigeninitiativ oder gruppenorganisiert das Museum aufsuchen und ob die Nachfrage größer als die Angebotsbereitstellung ist. Frau Dr. Kroh fragt, wie die Aktivitäten bei den geflüchteten Kindern und Jugendlichen beworben werden und wo es noch Potenziale in der Nachfrage und im Angebot gibt. Abschließend bittet sie um Informationen, wie die Vernetzung im Bereich der interkulturellen und kulturellen Bildung mit anderen Kultureinrichtungen der Stadt funktioniert.

Zum Thema Werben von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen verweist Frau Dr. Hansen auf die enge Zusammenarbeit mit Flüchtlingsorganisationen, die auch die Werbung von Ausstellungen und Einwerbung von interessierten Flüchtlingen unterstützend begleiten.

Frau Strunge weist auf die Erhöhung der Eintrittsgelder hin und bittet um Mitteilung zur Höhe des Anstiegs der Eintrittsgelder zum April 2016. Frau Strunge lobt die Veranstaltung „Kunst UNLIMITED“, die sich gleichermaßen an neu zugewanderte Menschen und an alle Bremerinnen und Bremer richtet. Sie bittet auszuführen, ob es ähnliche Ideen wie „Kunst UNLIMITED“ gibt. Zudem möchte Sie wissen, ob es noch andere Ideen und Initiativen gibt, wie eine Erhöhung der Preise durch bestimmte Angebote ausgeglichen werden kann und ob es gezielte Programme gibt, Menschen mit geringerem Einkommen den Zugang zur Kunsthalle zu ermöglichen.

Herr Schnier antwortet, dass die Preise für Erwachsene und Familien/Gruppen um jeweils einen Euro gestiegen sind. Ein Erwachsener zahlt somit für eine normale Ausstellung als Eintritt neun statt bisher acht Euro und bei einer Sonderausstellung dreizehn statt bisher zwölf Euro. Alle anderen Eintrittspreise werden nicht angehoben.

Herr Schnier merkt an, dass es generell möglich ist, die Eintrittsgelder über Stiftungen zu finanzieren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es sich häufig lediglich um die Verschiebung von Etat handelt, so dass die Kunsthalle immer sorgfältig prüft, ob es Sondertöpfe gibt, aus denen Gelder beschafft werden können.

Auf die Frage, wie Menschen mit geringem Einkommen der Zugang zur Kunsthalle ermöglicht wird, antwortet Frau Dr. Hansen, dass die Ausstellung „Kunst UNLIMITED“ ein durchaus erfolgreiches Modell ist, aber dabei beachtet werden muss, dass die Mitglieder der Kunsthalle dafür zahlen, die Kunsthalle kostenlos zu besuchen können. Um die Besonderheit einer Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten, kann ein freier Zugang nicht unbegrenzt gewährt werden. Die Kunsthalle hat allerdings beschlossen, im Rahmen von anderen populären Veranstaltungen wie Breminale und La Strada die Kunsthalle kostenlos zu öffnen.

Frau Dr. Kappert-Gonther greift die Aussage auf, dass die Kunsthalle Bremen ein positiver Imageträger für Bremen ist und möchte dies bestätigen und loben. Bezüglich des inklusiven Angebotes sowohl für Seh- und Hörbehinderte als auch für Demenzkranke bittet Frau Dr. Kappert-Gonther um eine Ausführung, wie diese speziellen Angebote beworben und letztlich auch angenommen werden.

Frau Dr. Hansen schildert, dass die speziellen Programme für Seh- und Hörbehinderte wie auch Demenzkranke in unmittelbarer Absprache mit den Trägern, wie der AWO – Verband für soziale Arbeit (Arbeiterwohlfahrt) organisiert werden. Das spezielle Programm für Demenzkranke ist im Rahmen der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ von der Bundesregierung ausgezeichnet worden

Herr Gottschalk ist beeindruckt, wie die Kunsthalle die Herausforderungen annimmt. In Bezug auf die ausgewiesenen Zahlen von 2014 und der Prognose für 2016 merkt er an, dass auf der Position der eigenerwirtschafteten Erlöse in 2014 ein Betrag in Höhe von 1,1 Millionen ausgewiesen ist und für das Jahr 2016 die Prognose bei knapp 600.000 EUR liegt. Er bittet aufzuzeigen, wie sich die Zahl für 2016 zusammensetzt. Zudem verweist Herr Gottschalk auf die im Rahmen von Materialaufwand bezogenen Leistungen, die von 3 Mio. EUR auf 2 Mio. EUR gesunken sind und auf größere Veränderungen im Haus schließen lassen. Ergänzend bittet Herr Gottschalk um Beantwortung der Frage, warum auf der Personalseite eine Umstellung vorgenommen worden ist.

Herr Schnier antwortet, dass der Haushalt der Kunsthalle von Jahr zu Jahr sehr schwankt, was im Wesentlichen mit den Sonderausstellungen zusammenhängt. Eine Ausstellung über Picasso ist in der Finanzierung, im Transport und in der Versicherung kostenintensiver als z.B. die Ausstellung eines Künstlers wie Bernard. Neben der Ausstellung ist für den Haushalt auch die periodische Aufteilung der Ausstellung ausschlaggebend. In Bezug auf den Ausweis des Personals wurde eine Anpassung vorgenommen. Der Staatsvertrag unterscheidet zwischen Stammpersonal und projektfinanziertem Personal. Bisher war im Haushalt der Kunsthalle nur das Stammpersonal ausgewiesen. Da die Personalkosten mit der Personalsituation nicht konform waren, wurden gemeinsam mit dem Kulturressort Anpassungen vorgenommen.

Herr Drechsel kündigt an, dass sich die Fraktion der FDP aufgrund der haushaltsbezogene Beschlussfassung bei der Abstimmung der Vorlage enthalten wird. Aus Sicht von Herrn Drechsel ist das Konzept äußerst ambitioniert und interessant. Er unterstreicht den besonderen Stellenwert der Kunsthalle und schlägt vor, diesen Stellenwert als Möglichkeit zu sehen, den Künstlerinnen und Künstlern der freien Kunstszene eine Plattform zu bieten.

Zum Vorschlag des Mentoring antwortet Frau Dr. Hansen, dass es in Bremen spezialisierte Institutionen gibt, die die Junge Kunstszene in Bremen fördert. Die Kunsthalle ist auf diesem Gebiet verstärkt hinter den Kulissen tätig, indem z.B. Kooperationen mit der Hochschule für Künste entstehen, deren Studentinnen und Studenten dann die Möglichkeit haben, ein Praktikum an der Kunsthalle durchzuführen, dadurch in Kontakt mit bekannten Künstlerinnen und Künstlern treten und einen Blick hinter die Kulissen bekommen.

1. Die Deputation für Kultur stimmt – bei Enthaltung der FDP - dem Zukunftskonzept der Kunsthalle und dessen Bewertung durch das Kulturressort zu.
2. Die Deputation für Kultur bittet – bei Enthaltung der FDP - um Vorlage des Zukunftskonzeptes beim Haushalts- und Finanzausschuss.
3. Die Deputation für Kultur bittet um einen Bericht - bei Enthaltung der FDP - zum Umsetzungsstand des Konzeptes nach einem Jahr.

#### **TOP 4: Zukunftskonzept Wilhelm Wagenfeld Stiftung**

Frau Strunge begrüßt Frau Dr. Bulk, Geschäftsführerin und wissenschaftliche Leiterin der Wilhelm Wagenfeld Stiftung, und übergibt das Wort an Frau Dr. Greve.

Frau Dr. Greve führt aus, dass die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung durch den Auszug der Wirtschaftsförderung Bremen (WfB) aus dem Wagenfeldhaus vor einer grundsätzlich neuen Herausforderung steht. Die neue Herausforderung kann jedoch auch als Chance genutzt werden, so dass die neue Leitung der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung die Möglichkeit hat, neue Akzente zu setzen und ein neues Profil zu entwickeln. In dem Konzept sind einige Varianten aufgeführt, die jetzt geprüft werden müssen. Das Kulturressort wird diesen Prozess unterstützend begleiten.

Das Ziel des Prozesses liegt darin, in den kommenden zwei Jahren zu Entscheidungen zu kommen, um das neue Profil verantwortlich fahren zu können und auch weiterhin das bisher sehr verantwortliche Wirtschaften der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung halten zu können. Frau Dr. Greve betont, dass die vorgesehene Erhöhung um 50 TEUR angebracht ist, weil in den kommenden Jahren eine Doppelbelastung vorliegen wird, indem einerseits weiterhin das Programm aufrechterhalten bleiben muss und gleichzeitig eine Neuorientierung vorgenommen wird.

Frau Staatsrätin Emigholz betont, dass Frau Dr. Bulk die Herausforderung angenommen, sich einen Überblick geschaffen hat und sowohl pragmatisch als auch kompetent damit umgegangen ist. Sie lobt die sehr gute Zusammenarbeit mit Frau Dr. Bulk und bittet die Deputation für Kultur, den Weg der Neuorientierung zu unterstützen. Auch wenn die derzeitige Lage bewältigt werden muss, dankt Frau Staatsrätin Emigholz Frau Dr. Bulk für die erreichten Zwischenschritte auf dem bisherigen Weg.

Frau Dr. Bulk berichtet, dass das Wagenfeldhaus seit 1998 gemeinsam von der Wilhelm – Wagenfeld - Stiftung und der Wirtschaftsförderung Bremen bespielt wurde. Zum Januar 2015 hat sich die WfB aus dem Wagenfeldhaus zurückgezogen. Der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung entstanden dadurch Einbußen in Höhe von 40.000 € pro Jahr, da sowohl Personalkosten als auch Grundstücks - und Gebäudeaufwand bis dato von der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung und WfB gemeinsam finanziert worden sind. Der Auszug hat finanzielle und inhaltliche Folgen, da viele Ausstellungen und Veranstaltungen von der WfB organisiert und finanziert wurden und dies durch den Auszug der WfB entfällt.

Seit einem Jahr führt die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung das Haus eigenverantwortlich. Vor diesem Hintergrund mussten erste Sparmaßnahmen unternommen werden. Von großer Bedeutung war der Verzicht auf 1,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was bei einem Stellenvolumen von 7,05 ein großer Einschnitt ist. Die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dadurch Mehrarbeit bekommen.

Die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung hat sich verstärkt um Drittmittelakquise bemüht, was 2015 letztlich zum Erfolg führte.

Eine der wichtigsten Maßnahme der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung ist die Neuausrichtung. Wie bereits Frau Dr. Greve geschildert hat, sieht auch Frau Dr. Bulk in dem Auszug der WfB durchaus eine große Chance, einen neuen Weg zu bestreiten und die Rolle der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung in der Bremer Kulturlandschaft neu zu definieren.

Eines der formulierten Ziele der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung ist es, die thematische Öffnung voranzubringen. In den vergangenen Jahren wurde überwiegend zu Wilhelm-Wagenfeld geforscht, was weiterhin wichtig ist und auch für die Zukunft beibehalten wird, aber künftig möchte sich die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung verstärkt mit der Auseinandersetzung mit Design im Allgemeinen profilieren. Die Erforschung des Verhältnisses von Design zu benachbarten Feldern wie der Freien Kunst und Literatur ist hierbei eines der Vor-

haben.

Frau Dr. Bulk kündigt an, dass auch die zeitgenössische Perspektive vermehrt miteinbezogen werden soll.

Zusätzlich zu den klassischen Ausstellungsprojekten möchte sich die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung künftig auch mit anderen Formen der Vermittlung auseinandersetzen. Das Augenmerk liegt dabei darauf, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Zugang zu dem Archiv zu gewähren und gleichzeitig auch interessierte Bürgerinnen und Bürger anzusprechen. Hierzu wurde 2015 ein neues Format entwickelt, welches es ermöglicht, mit Objekten von Wilhelm-Wagenfeld ins Wagenfeldhaus zu kommen und so eine neue Grundlage des Austausches zu schaffen.

Als weitere Maßnahme werden künftig Workshops angeboten, die eine Verbindung zwischen der traditionell theoretischen und der praktischen Auseinandersetzung schaffen sollen.

Im Rahmen der Vermittlungsarbeit möchte die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung zudem in Zukunft vermehrt Vermittlungsprojekte mit Schülerinnen und Schülern realisieren. Auch wenn es für den Bereich der Kunstvermittlung keine eigene Stelle gibt, ist es aus Sicht von Frau Bulk ein sehr wichtiges Aufgabenfeld. Im Jahr 2015 hat die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung erstmals mit drei Projekten an der Bremer Schuloffensive teilgenommen.

Des Weiteren hat die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung ein Angebot für sehbehinderte und blinde Besucherrinnen und Besucher geplant.

Die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung möchte künftig verstärkt mit Kooperationspartnern zusammenarbeiten.

Frau Bulk fasst zusammen, dass der Weg der thematischen Öffnung weiterhin gegangen wird, um künftig neue Publikumskreise und Kooperationspartner anzusprechen, betont jedoch, dass unter den neuen Rahmenbedingungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb eines Jahres an die Grenzen der Belastbarkeit gebracht worden sind. Die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung muss derzeit mehr Programm mit weniger Personal realisieren, so dass in den kommenden zwei Jahren neben der inhaltlichen Neuorientierung auch strukturelle Veränderungen angegangen werden müssen. Derzeit werden verschiedene Modelle geprüft. Erschwerend kommt hinzu, dass die Neuorientierung parallel zum fortlaufenden Betrieb stattfinden muss.

Vor diesem Hintergrund ist die finanzielle Unterstützung wichtig, um den Auszug der WfB ausgleichen, weitere spannende Ausstellungen umzusetzen und Vermittlungsprojekte vorantreiben zu können.

Frau Strunge bedankt sich bei Frau Dr. Bulk für die Einführung.

Frau Dr. Kappert-Gonther bedankt sich bei Frau Bulk für die Ausführungen. Sie betont, dass Design in vielen Bereichen sehr wertvoll ist und lobt, dass die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung die Aspekte der Schnittstellen aufgreift.

Herr Gottschalk ist erfreut, dass sich die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung nicht nur mit der Bedeutung von Design befasst, sondern den Blickwinkel ändert und anhand der Kriterien von Wilhelm Wagenfeld das heutige Design hinterfragt.

Frau Grobien hebt hervor, dass sich die Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung einer wirklich großen Herausforderung stellen musste und merkt an, dass die CDU den Erhalt der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung unterstützt.

Frau Strunge erläutert das Abstimmungsverhalten der Linksfraktion. Die Linksfraktion wird sich bei der Abstimmung enthalten, was nicht auf das Konzept zurückzuführen ist, sondern auf die in der Vorlage aufgeführte Option des Standortwechsels.



1. Die Deputation für Kultur stimmt mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und unter Enthaltung der Linken und fehlendem Votum der FDP dem Zukunftskonzept der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung und dessen Bewertung durch das Kulturressort zu.
2. Die Deputation für Kultur bittet mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und unter Enthaltung der Linken und fehlendem Votum der FDP um Vorlage des Zukunftskonzeptes beim Haushalts- und Finanzausschuss.
3. Die Deputation für Kultur bittet mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und unter Enthaltung der Linken und fehlendem Votum der FDP um einen Bericht zum Umsetzungsstand des Konzeptes nach einem Jahr.
4. Die Deputation für Kultur bittet mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und unter Enthaltung der Linken und fehlendem Votum der FDP nach Abschluss des Neuorientierungsprozesses um Vorlage eines finanziellen Zukunftskonzeptes, spätestens zu den Haushaltsberatungen 2018/19.

### **TOP 5: Vergleich Gerhard Marcks Stiftung**

Frau Strunge übergibt das Wort an Herrn Dr. Mackeben.

Herr Dr. Mackeben erläutert, dass die Gerhard Marcks Stiftung Ende der 60er Jahre von der Stifterin Freie Hansestadt Bremen gegründet wurde und privatrechtlich organisiert ist. Aus dieser besonderen rechtlichen Stellung entsteht ein Anspruch der Gerhard Marcks Stiftung gegen die Stadtgemeinde Bremen.

In der Vergangenheit hat es in Bezug auf die Fragen, was der Anspruch inhaltlich und finanziell beinhaltet einen Rechtsstreit gegeben, der mit einem Vergleich endete. Seit diesem Rechtsstreit ist das Kulturressort bemüht, den Vergleich regelmäßig um weitere vier Jahre zu verlängern, unter Anerkennung derjenigen Dinge, die nach der Stiftungsurkunde die Freie Hansestadt Bremen finanzieren muss. Dabei handelt es sich um alle aus dem Stiftungszweck ergebenden laufenden Kosten der Gerhard Marcks Stiftung.

Aus dem Verhandlungsergebnis ergibt sich der vom Vorstand der Stiftung beschlossene Vergleichsentwurf. Der Senat als Rechtsvertretung der Freien Hansestadt Bremen hat dem Vergleich zugestimmt. Im Nachgang zur Kenntnisnahme der Deputation für Kultur wird der Vergleich dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis vorgelegt.

Der Vergleich hat einen Haushaltsvorbehalt, der zur Folge hat, dass die im Vergleich enthaltene Summe erst dann Wirksamkeit erlangt, wenn die Bürgerschaft über den Haushalt beschlossen hat. Die Summe repräsentiert die Arbeit in angemessener Form.

Herrn Hartog ist es wichtig, dass das Kulturressort in der Vorlage darauf hinweist, dass die Erhöhung der Stiftung die Möglichkeit bietet, trotz Kostensteigerungen auf dem erreichten hohen Qualitätsniveau weiter arbeiten zu können, und gleichzeitig die Stiftung dazu verpflichtet, mit den Mitteln sehr sparsam umzugehen. Er begrüßt den offenen und fairen Umgang mit dem Thema.

Herr Rohmeyer findet es ärgerlich, dass die Vorlage die Deputierten erst kurzfristig erreicht hat. Herr Rohmeyer betont, dass die Gerhard Marcks Stiftung bewiesen hat, dass sie sehr zukunftsorientiert und sehr genau mit den öffentlichen Mitteln umgegangen ist. Vor dem Hintergrund der Gerhard Marcks Stiftung bittet Herr Rohmeyer, sich auf einer der kommenden Sitzungen der Deputation mit dem Thema Stiftungen im Allgemeinen näher zu befassen

Frau Staatsrätin Emigholz weist darauf hin, dass die Erstellung der Vorlage und die Gespräche mit dem Gerhard Marcks Haus bereits früher stattgefunden haben, allerdings

noch eine umfangreiche und zeitintensive Prüfung stiftungsrechtlicher Erwägungen mit den Kolleginnen und Kollegen des Finanzressorts stattfand.

Auf die Bitte von Herrn Rohmeyer, sich mit dem Thema Stiftungen in einer der kommenden Sitzungen näher zu befassen, schlägt Frau Staatsrätin Emigholz vor, diese Thematik nach der Sommerpause zu behandeln. Auf Initiative des Kulturressorts wird es mit den Ressorts Justiz, Finanzen und Inneres zu dieser Sache ein gemeinsames Gespräch geben, in dem Fragen zu den Handlungsfeldern, den Herausforderungen und Verpflichtungen erörtert werden. Der Deputation wird hierzu ein Bericht vorgelegt.

Herr Bolayela möchte von Herrn Hartog erfahren, ob es im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Verein Kultur vor Ort auch andere regionale Kooperationen gibt und wie bestimmte Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten verstärkt angesprochen werden.

Herr Hartog merkt an, dass im Sinne des Gemeinwohls darüber nachgedacht werden muss, welche Rolle Kultur im Bereich der Migration spielen kann.

Herr Hartog informiert die Deputation über die bevorstehende Debatte, in der es um die Rolle der Museen in der modernen Stadtgesellschaft geht.

Herr Gottschalk erläutert, dass das Gerhard Marcks Haus seine Qualität und sein Engagement bewiesen hat und dieses in der Vorlage gewürdigt wird. Er findet es gut, dass die Vorlage deutlich macht, dass es sich hierbei um einen Kompromiss handelt, der allen Beteiligten entgegenkommt. Das Eingehen dieses Kompromisses zeigt, dass die Gerhard Marcks Stiftung auch weiterhin auf diesem finanziellen Niveau gute Arbeit leisten kann. Der ehrliche und faire Umgang mit offenen Fragen des Kompromisses ist ein guter Weg.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 6: Projektmittel**

### **a. Wahl des Projektmittelausschusses**

Herr Rohmeyer kritisiert die Zusammensetzung des Projektmittelausschusses und merkt an, dass diese nicht mit den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl konform ist. Die Parlamentsausschüsse sollen sich in Ihrer Zusammensetzung an den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl orientieren. Demnach sei es aus Sicht von Herrn Rohmeyer nicht nachvollziehbar, warum gemäß der Vorlage die CDU nur einen Vertreter/Vertreterin und Bündnis90/Die Grünen zwei Vertreterinnen/Vertreter als stimmberechtigte Mitglieder in den Projektmittelausschuss entsenden.

Herr Rohmeyer kündigt an, dass im Falle der Beschlussfassung der Vorlage die rechtsförmliche Prüfung eingeholt wird.

Frau Strunge moniert, dass der Lösungsvorschlag keine Fachjury vorsieht, die aus Expertinnen und Experten der Kunst- und Kulturszene bestehen, die verschiedenen Sparten abdecken und im Rahmen der Projektmittelvergabe ihr Expertenvotum abgeben können, welches für die Entscheidung tragend ist. Inwieweit Deputierte in das Verfahren involviert sind, kann aus Sicht von Frau Strunge im Weiteren erläutert werden.

Frau Strunge wünscht sich, dass verstärkt die Fachkompetenz von Kulturschaffenden sowie Künstlerinnen und Künstlern in Bremen hinzugezogen wird. Sie sieht die Aufgabe der Politik nicht darin, zu entscheiden, welches der beantragten Projekte gefördert werden soll, sondern ihre Funktion als Deputierte besteht darin, für die Projektmittelvergabe einen Rahmen zu schaffen, in dem die Verteilung der Gelder geregelt wird.

Frau Staatsrätin Emigholz schlägt vor, dass sich die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen an dem ursprünglich geplanten Termin der Sitzung der Deputation für Kultur am 03.05.2016 zusammenfinden und die Regularien für das weitere Verfahren festlegen. Aufgrund des noch ausstehenden Klärungsbedarfs ist eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Beschlussfassung auf der heutigen Sitzung nicht realisierbar. Sie empfiehlt, die am 03.05.2016 gemeinsam verständigten Regularien durch Einberufung einer kurzen Sondersitzung der Deputation für Kultur oder im Rahmen eines Umlaufverfahrens abzustimmen.

Frau Staatsrätin Emigholz informiert, dass der Zeitplan den Abschluss des Projektmit- telverfahrens für Ende Mai 2016 vorsieht. Angesichts der Vorbereitung sollte in den dazugehörigen Gremien im Laufe des Monats Mai getagt werden, um die Projektmittel in der 6. Sitzung der Deputation für Kultur am 07.06.2016 beschließen zu können. Unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Haushalt- und Finanzausschuss erfolgt die Bereitstellung der Projektmittel.

Frau Staatsrätin Emigholz verweist auf den bereits vorab erwähnten Verfahrensvor- schlag, wonach im Jahr 2016 zwei Termine im Rahmen der Projektmittelvergabe statt- finden werden, um den aufgrund des Haushaltsaufstellungsverfahrens entstandenen Verzug zu kompensieren und eine vernünftige Mittelausreichung und Planung für das Jahr 2017 zu ermöglichen.

Herr Drechsel schließt sich den geäußerten Kritikpunkten der Vorrednerinnen und Vorredner an. Er hebt hervor, dass sich die Qualität und Quantität des zu Rate gezo- genen Expertentums auch an der Qualität und Quantität der Projektanträge orientie- ren sollte und ergänzt, dass für die Aussage unter Punkt A der Vorlage „Sachverstän- dige Gäste mit Stimmrecht können hinzu gewählt werden“ ein modus operandi, sowie auch Antworten auf die Fragen, um welche Gäste es sich handelt und wann und von wem sie gewählt werden, gefunden werden müssen.

Herr Drechsel begrüßt den Vorschlag von Frau Staatsrätin Emigholz, sich hierzu in ei- nem gemeinsamen Termin Gedanken zu machen.

Frau Dr. Kappert-Gonther schließt sich der vorgeschlagenen Vertagung der Vorlage an. Sie betont, dass ihr Interesse in der Zunahme des Sachverständes liegt, da es sich bei der Projektmittelvergabe nicht primär um eine politische, sondern um qualita- tive und antragsgemäße Entscheidungen handelt.

Aus Sicht von Frau Dr. Kappert-Gonther ist daher vorstellbar, externen Sachverständ in den Projektmittelausschuss aufzunehmen und betont, dass es auch wichtig ist, da- bei auf das Abbilden der Spartenvielfalt zu achten.

Frau Dr. Kappert-Gonther kann den Einwurf der CDU hinsichtlich der Verteilung der Fraktionsvertreter in den Projektmittelausschuss nachvollziehen und betont, dass vor diesem Hintergrund die Besetzung insgesamt überprüft werden muss. Sie merkt an, dass eine mathematisch korrekte Abbildung zur Folge hätte, dass die gesamte Depu- tation im Projektmittelausschuss vertreten ist. Frau Dr. Kappert-Gonther ist der An- sicht, dass die gemeinsame Verständigung, dass der Projektmittelausschuss einen fachlichen und nicht politischen Schwerpunkt haben soll, es ermöglicht, hinsichtlich der Zusammensetzung des Projektmittelausschusses einen gemeinsamen Weg zu finden.

Frau Staatsrätin Emigholz greift den Vorschlag „externer Gäste“ auf und erläutert, dass auswärtige Fachexpertinnen und -experten bei der Bewertung durchaus hilfreich sein können und das Kulturressort dem Vorschlag gegenüber offen ist. Das Kulturressort kann hierzu auf Wunsch Vorschläge für externe Fachexpertinnen und – experten machen. Vor diesem Hintergrund ist der Termin am 03.05.2016 für die Fraktionen eine

gute Möglichkeit, ihre Vorschläge einzubringen. Im Rahmen des Termins können dann die weiteren Verfahrensstufen festgelegt werden. Frau Staatsrätin Emigholz betont darum, dass seitens der Fraktionen sichergestellt wird, dass das Beratungsverfahren im Mai 2016 ermöglicht wird, um im Juni 2016 und somit noch vor der Sommerpause die notwendigen Gremienentscheidungen einzuholen.

Die Deputation für Kultur einigt sich einvernehmlich, dass die Beschlussfassung der Vorlage ausgesetzt wird. Die Zusammensetzung des Projektmittelausschusses wird in einem gemeinsamen Termin am 03.05.2016 zwischen Staatsrätin Emigholz und den kulturpolitischen Sprechern erörtert.

Die dort getroffenen Vereinbarungen werden im Rahmen einer Sondersitzung oder im Umlaufverfahren der Deputation für Kultur zur Abstimmung vorgelegt.

## **b. Allgemeines Verfahren Projektmittel**

Frau Strunge nimmt auf den in der Vorlage dargestellten Zeitplan Bezug und weist darauf hin, dass sie die Umsetzung des Zeitplans kritisch sieht. Gemäß dem Verfahren zur Projektmittelvergabe haben die Deputierten die Möglichkeit, Einsicht in die verschiedenen Anträge zu nehmen. Laut Zeitplan fällt die Akteneinsicht in die Woche der Bürgerschaftssitzungen. Aus Sicht von Frau Strunge ist unter diesen Umständen eine angemessene Einarbeitung und fachliche Einsichtnahme nicht möglich.

Frau Staatsrätin Emigholz schlägt vor, den Versand der Empfehlungsliste der Projekte auf den 17. Mai 2016 vorzuziehen. Das Kulturressort wird in besonderen Fällen auch Sondertermine für die Einsichtnahme ermöglichen.

Frau Dr. Kappert-Gonther begrüßt den Änderungsvorschlag, plädiert aber dennoch für die Beschließung des Zeitplans, um noch vor der Sommerpause eine Entscheidung treffen zu können. Die Antragsteller sind darauf angewiesen und benötigen Planungssicherheit, um ihre Arbeit aufnehmen und die Projekte umsetzen zu können. Darüber hinaus gibt es Projekte, die eine Zusage benötigen um Komplementärmittel einwerben zu können.

Herr Drechsel greift das Thema Komplementärmittel auf und teilt mit, dass er mehrfach von Antragsstellern gehört hat, dass die Fristen bereits abgelaufen sind. Hinsichtlich des Zeitplans ist auch Herr Drechsel der Ansicht, dass dieser auf der heutigen Sitzung beschlossen werden sollte. Bezüglich der Projektliste möchte Herr Drechsel wissen, ob seitens der Deputierten auch Projekte vorgeschlagen werden, die von der Verwaltung keine Empfehlung erhalten haben.

Herr Frey antwortet, dass unter der Voraussetzung, dass der Projektmittelausschuss aus Deputierten der Kulturdeputation besteht, diese eine Empfehlung abgeben können. Im Nachgang an den Projektmittelausschuss berät und beschließt die Deputation für Kultur über die Liste der Empfehlungen.

Die Deputation für Kultur stimmt – bei Enthaltung der Linksfraktion - dem vorgeschlagenen Verfahren zu.

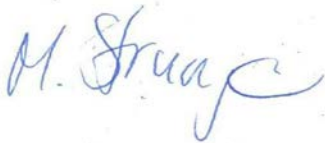
## **TOP 7: Verschiedenes**

Frau Staatsrätin Emigholz kündigt für eine der kommenden Sitzungen der Deputation für Kultur einen schriftlichen Bericht zum Sachstand der Baumaßnahme Weserburg.

Frau Strunge macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung der Deputation für Kultur am 07.06.2016 aufgrund der umfangreichen Tagesordnung, die sich auf den Ausfall der Sit-

zung am 03.05.2016 zurückführen lässt, mehr Zeit in Anspruch nehmen wird und bittet die Deputierten das zu berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



---

Sprecherin



---

Protokollführerin

# Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort:  
Raum 416  
Bürgerschaft

am:  
07. April 2016

von: 16:00

bis: 17:39

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von - bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz	<i>Carmen Emigholz</i>	
Elombo Bolayela	<i>Bolayela Elombo</i>	
Jens Crueger	<i>Jens Crueger</i>	
Ulf-Brün Drechsel	<i>Ulf-Brün Drechsel</i>	
Dr. Kirsten Kappert-Gonther	<i>Kappert-Gonther</i>	
Susanne Grobien	<i>S. Grobien</i>	
Dr. Robert Hodonyi	<i>i.V. Jan Hoffmann</i>	
Martin Michalik	<i>Martin Michalik</i>	
Dieter Reinken	<i>Dieter Reinken</i>	
Claas Rohmeyer	<i>Claas Rohmeyer</i>	
Sükrü Senkal	<i>i.V. Arne Goltjohann</i>	
Miriam Strunge	<i>M. Strunge</i>	

\*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

\*\*\*) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste  
Sonder-Sitzung am 07.04.2016

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Frey		
C. J. ...		
G. Albrecht		
H. Stadler		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name
Kunsthalle Bremen	Frau Dr. Hansen
	Herr Schöier
Wilhelm Wagenfeld Haus	Frau Dr. Bueh
Gerhard Harbo Haus	Herr Dr. Hartog